



## **Inhalt**

1.	Das Zypernproblem .....	2
2.	Gasvorkommen .....	5
3.	Griechische Zyprioten.....	7
	Wirtschaftliche Entwicklungen .....	7
	Innenpolitische Entwicklungen .....	8
	Arbeitsverhältnisse und Gewerkschaften.....	8
	Außenpolitik.....	10
4.	Türkische Zyprioten.....	11
	Wirtschaftliche Entwicklungen .....	11
	Innenpolitische Entwicklungen .....	12
	Arbeitsverhältnisse und Gewerkschaften.....	13
	Außenpolitik.....	13
5.	FES Zypern Veranstaltungen .....	14

## **FES NEWS**

- bitte besuchen Sie uns auf -

[www.fescyprus.org](http://www.fescyprus.org) - [www.facebook.com/FEScyprus](https://www.facebook.com/FEScyprus)

## 1. Das Zypernproblem

Im Dezember trafen sich der türkische Premierminister Ahmet Davutoglu und der türkisch-zypriotische Volksgruppenvertreter Mustafa Akinci im Norden der Insel. In einer gemeinsamen Pressekonferenz sagte Davutoglu, dass die Türkei bereit sei, eine tragfähige, gerechte und friedliche Lösung zu unterstützen, so, wie sie 2004 den Annan Plan unterstützt habe. Des Weiteren erklärte er, dass eine Lösung für die Türkei in gutes Beispiel der Koexistenz beider Bevölkerungsgruppen wäre, welche auf den Prinzipien von Bizonalität und politischer Gleichheit beider Gliedstaaten basiere. Gleichzeitig wäre eine Lösung auch ein gelungenes Beispiel für die Schaffung eines neuen Staates. Akinci bezog sich auf ein Treffen zwischen der Türkei und der EU Ende November und lobte die verbesserten Beziehungen. Er betonte, dass eine Lösung in der Zypernfrage diese weiter intensivieren und die Lage im östlichen Mittelmeer entspannen könnte. Außerdem könnte sie zu einer Zusammenarbeit im Energiebereich führen, um Erdgas über die Türkei nach Europa zu liefern.

In den Medien zirkulierte ein Photo, das während des letzten EU-Gipfels Ende November in Brüssel aufgenommen wurde und auf dem zum ersten Mal der türkische Premierminister Davutoğlu und Präsident Anastasiades gemeinsam mit dem EU-Kommissionspräsidenten Juncker zu sehen sind. Die türkische Regierung betonte jedoch, dass dies keine Anerkennung der Republik Zypern oder ihres Präsidenten Anastasiades impliziere.

Als Teil einer Reihe von Gesprächen, die im November begann, trafen sich Präsident Nicos Anastasiades und der türkisch-zypriotische Volksgruppenvertreter Mustafa Akinci am 4., 15. und 20.. Am 4. Dezember stand die schwierige Eigentumsfrage im Zentrum. Das Treffen fand einen Tag nach dem Besuch des amerikanischen Außenministers John Kerry statt. Zwei Tage zuvor war dessen russischer Amtskollege Sergei Lavrov in Zypern.

Hinsichtlich der Zypernfrage sagte Kerry, dass eine Lösung „in Reichweite“ und für ihn und Präsident Obama von höchster Priorität sei. Ein vereintes Zypern sei ein Signal des Friedens in einer unruhigen Region. Mit Anastasiades diskutierte Kerry Garantie- und Sicherheitsfragen. Die USA stimmen mit der zypriotischen Regierung darin überein, dass ein Mitglied der Europäischen Union keine militärischen Garantien benötige. Die wirtschaftlichen Aspekte einer Lösung wurden ebenfalls angesprochen. In diesem Zusammenhang bestätigte der Sprecher des Internationalen Währungsfonds (IWF) Gerry Rice zur gleichen Zeit, dass der IWF technische Hilfe für die nach einer Lösung auftretenden wirtschaftlichen Herausforderungen zur Verfügung stellen werde. Lavrov erläuterte die russische Position, nach der eine Lösung durch eine freiwillige Einigung beider Seiten gefunden werden solle. Einmischungen von außen hätten in der Vergangenheit keine Lösung herbeigeführt. Des Weiteren solle der UN-Sicherheitsrat bei der Formulierung des endgültigen Ergebnisses einbezogen werden. Während Kerry in den Norden ging und beide Volksgruppenvertreter separat traf, weigerte sich Lavrov, Akinci im Norden zu treffen. Eine Einladung Lavrovs an

Akinci zu einem Treffen in der Pufferzone lehnte dieser ab.

Der chinesische Außenminister Wang Yi besuchte Zypern am 21. Dezember. Hinsichtlich der Zypernfrage sagte Wang Yi, dass China die Entwicklungen bei den Verhandlungen aufmerksam verfolge und Zypern in seinen Bemühungen, seine Souveränität und territoriale Integrität zu schützen, unterstütze. Die Rolle des UN-Sicherheitsrates im Falle einer Lösung diskutierten Anastasiades und Wang im Hinblick auf eine mögliche Vereinbarung und deren Umsetzung. Der Besuch des chinesischen Außenministers beendete eine Reihe offizieller Besuche von Repräsentanten der fünf ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrates, nachdem am 19. November der britische Außenminister Philip Hammond und am 5. Dezember der französische Präsident François Hollande auf Zypern waren. Während ihres Treffens in Larnaca tauschten sich Hollande und Anastasiades über das Zypernproblem und die Region betreffende Themen aus.

Während eines Fernsehauftritts bei dem griechischen Sender ERT in Athen am 9. Dezember sagte Anastasiades, dass eine Lösung bis März möglich, aber sehr optimistisch sei, aufgrund der vielen offenen Detailfragen wie beispielsweise der territorialen Anpassung, der Eigentumsfrage und dem Abzug des türkischen Militärs. Zuvor hatte Anastasiades während einer Sitzung des Nationalen Rates bei den griechisch-zypriotischen Parteien mit der Aussage Empörung geerntet, dass die Parlamentswahlen im Falle einer Lösung möglicherweise verschoben würden.

Auf einer Pressekonferenz im Hauptquartier der Vereinten Nationen Ende 2015 sagte der UN-Generalsekretär Ban Ki-moon, dass er wegen der voranschreitenden Verhandlungen die Hoffnung habe, dass eine Lösung nach Jahrzehnte langer Teilung in Reichweite sei.

Der türkische EU-Minister und Verhandlungsführer Volkan Bozkir traf sich mit dem zypriotischen EU-Kommissar für Humanitäre Hilfe und Krisenmanagement, Christos Stylianides. Nach dem Treffen sagte Bozkir, dass die Zypernfrage in ihrer 50-jährigen Geschichte einer Lösung am nächsten sei und die beiden Volksgruppenvertreter im Frühjahr eine neue Verfassung zum Referendum vorlegen werden.

Die Europäische Kommission gab am 11. Dezember bekannt, dass 32 Millionen Euro aus dem EU-Budget für ein finanzielles Hilfsprogramm an die türkischen Zyprioten ausgezahlt werden.

Der UN-Sondergesandte Espen Barth Eide und der türkische Premierminister Ahmet Davutoglu besprachen am 9. Dezember in Ankara die Themen Sicherheit, Garantien und regionale Entwicklungen im zypriotischen Kontext. Nach einem Treffen mit Präsident Anastasiades am 15. Dezember gab Eide bekannt, dass eine multilaterale Zusammenkunft mit den drei Garantiemächten Großbritannien, Griechenland und Türkei sowie den griechischen und türkischen Zyprioten in Planung sei. Der Termin hänge von den Fortschritten in den Verhandlungen ab. Nach Angaben der Cyprus News Agency plane Eide ein informelles Treffen der beiden Seiten mit den Garantiemächten wä-

rend des Weltwirtschaftsforums in Davos am 20. Januar. Die Regierung streitet jedoch ab, dass sie zu diesem Treffen eingeladen wurde. Der türkisch-zypriotische Regierungssprecher Baris Burcu gab ebenfalls bekannt, dass es, anders als in der griechisch-zypriotischen Presse berichtet, keine Vorbereitungen für eine informelle, multilaterale Konferenz in Davos gebe.

Am 20. Dezember besuchten die beiden Volksgruppenvertreter das anthropologische Labor des Komitees für vermisste Personen (Committee on Missing Persons – CMP) in Nikosia. Während des Besuches wurde eine gemeinsame Mitteilung aufgezeichnet, in der die beiden Politiker alle Zyprioten aufforderten, Informationen über vermisste Personen und mögliche Fundorte weiter zu leiten. Der Appell soll inselweit im Fernsehen ausgestrahlt werden. Während des letzten Treffens für 2015 besprachen Akinci und Anastasiades die Eigentumsfrage und beurteilten die Verhandlungen seit ihrer Wiederaufnahme im Mai 2015. Nach Angaben der UN seien die beiden Volksgruppenvertreter mit den bisher gemachten Fortschritten zufrieden. Die nächsten Treffen sind für den 7., 14. und 29. Januar geplant.

In einer Ansprache zu Weihnachten und Neujahr drückten Anastasiades und Akinci ihre Hoffnung auf Frieden und eine baldige Wiedervereinigung aus. Anastasiades sagte auf Türkisch, er hoffe, dass das Neue Jahr den türkischen und griechischen Zyprioten ein friedliches Zusammenleben im vereinten Mutterland bringe. Akinci bekundete seine Hoffnung auf einen dauerhaften Frieden, Zufriedenheit und Wohlstand für alle Zyprioten auf Griechisch. Ein

Video der Aufzeichnung, dass von Omada Kyprus (Team Zypern - ein Think Tank, der auf eine Lösung der Zypernfrage hinarbeitet) ins Netz gestellt wurde, fand großen Zuspruch in den sozialen Medien. Das Video kann unter dieser Adresse gesehen werden <https://www.facebook.com/omadakypros/videos/720362128065135/?pnref=story>.

Während eines am 29. Dezember im Fernsehen ausgestrahlten Interviews sagte Akinci, dass die Gesamthöhe der Kompensationszahlungen für Eigentum im Norden zwischen 25 und 30 Milliarden US-Dollar liegen könne. Eine Lösung sei für die türkischen Zyprioten nur dann akzeptabel, wenn es Garantien von Seiten der Türkei gebe und eine türkisch-zypriotische Mehrheit im Hinblick auf Bevölkerung und Eigentum in deren Gliedstaat sichergestellt werde. Die Aussagen Akincis erfuhren heftige Reaktionen von den griechisch-zypriotischen Parteien wie den Grünen, der Bürgerallianz sowie Parlamentspräsident Yiannakis Omirou und Erzbischof Chrysostomos. Um eine Konfrontation zu verhindern, gab Regierungssprecher Nicos Christodoulides bekannt, dass nur eine Lösung, welche die Grundfreiheiten der EU und die Menschenrechte berücksichtige, zu einem Erfolg bei den Verhandlungen führen könne.

Die Treffen zwischen griechisch- und türkisch-zypriotischen Parteien gingen im Dezember weiter. Am 15. Dezember besuchte eine Delegation der DISY die UBP. Die Parteivorsitzenden beider Parteien gaben in einer Pressekonferenz die Schaffung eines gemeinsamen Komitees bekannt. Darin sollen Themen und Ideen, die für die griechischen und türkischen Zyprioten

wichtig sind, ausgetauscht und neue Ideen ausgearbeitet werden. Am 18. Dezember besuchte eine Delegation der CTP-BG die DISY. Nach dem Treffen gaben die beiden Vorsitzenden Mehmet Ali Talat und Averof Neophytou ebenfalls die Schaffung eines gemeinsamen Komitees bekannt. Anfang Dezember kamen Parteien von beiden Seiten der Grünen Linie auf einem Treffen unter Federführung der slowakischen Botschaft zusammen. Das von der DISY organisierte Treffen stand unter dem Motto „Ein besseres Zypern, ein vereintes Zypern“.

Die Bewegung CYweCan hielt ihr erstes Treffen in der Pufferzone ab. Sie wurde von den Jugendorganisationen der CTP und TDP aus dem Norden und der DISY (NEDISY) aus dem Süden sowie anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen gegründet, um Frieden, Zusammenarbeit, Solidarität und den Verhandlungsprozess sowie den Wunsch junger Menschen auf ein Zusammenleben in einem vereinten Zypern zu unterstützen.

Die Turkish Contractors Association (TMB) und die Cyprus Turkish Building Contractors Association (KTIMB) unterzeichneten ein Kooperationsprotokoll, um Chancen gemeinsam zu nutzen, die sich nach einer Lösung der Zypernfrage ergeben. Der Wiederaufbau des eingezeuhten Vorortes von Famagusta, Varoscha, stand im Zentrum des Treffens. Ein ähnliches Protokoll war 2014 von KTIMB und der Federation of Associations of Building Contractors (OSEOK) unterzeichnet worden. Der Vorsitzende der TMB, Mithat Yenigun, erklärte, dass Investitionen in Höhe von 1 Milliarde Euro möglich seien.

Ungefähr 60 griechisch-zypriotische Lehrer besuchten türkische-zypriotische Schulen, um ein Zeichen für Frieden, Freundschaft und Zusammenarbeit zu setzen. In diesem Zusammenhang sagte der Generalsekretär der Cyprus Turkish Teachers` Trade Union (KTOS) Sener Elcil, dass die Lehrer auf beiden Seiten eine wichtige Rolle in der Lösung des Zypernproblems und bei der Schaffung des Friedens spielten. Dazu sei mehr Zusammenarbeit beider Bevölkerungsgruppen nötig. Die Lehrer müssten die Mauern in den Köpfen der Menschen niederreißen. Das Treffen sei ein guter Anfang.

Am 23. Dezember besuchte eine Gruppe türkischer Zyprioten die Hala Sultan Tekke Moschee in Larnaca, um die Geburt Mohammeds zu feiern. Die Pilgerfahrt wurde von den beiden religiösen Oberhäuptern mit Hilfe des Office of the Religious Track of the Cyprus Peace Process ermöglicht, das unter der Schirmherrschaft der schwedischen Botschaft steht. Drei Mal jährlich finden Pilgerfahrten zu der Hala Sultan Tekke Moschee statt. Die gleiche Vereinbarung ermöglicht griechischen Zyprioten Gottesdienste in verschiedenen Kirchen im Norden.

## 2. Gasvorkommen

Am 3. Dezember bewilligte das Kabinett dem Energieunternehmen Total eine Verlängerung der Explorationslizenz im Block 11 um zwei Jahre. Das Unternehmen war aus seinem ursprünglichen Vertrag entlassen worden, wonach an zwei Stellen in den nebeneinander gelegenen Blöcken 10 und 11 Bohrungen

vorgenommen werden sollten. Es behielt die Bohrrechte für Block 11, der 6 km von dem ägyptischen Zohr-Feld entfernt ist. Total verpflichtete sich außerdem zur Analyse von dreidimensionalen seismologischen Daten, um mögliche Fundorte zu lokalisieren. Aufgrund neuer geologischer Daten soll das Unternehmen potentielle Fundorte identifiziert haben und es wird erwartet, dass die Bohrungen kommenden Sommer oder Frühherbst aufgenommen werden. Wie die Tageszeitung *Phileleftheros* berichtete, habe Total um die Rückgabe der Bohrrechte für Block 10 gebeten.

Derweil ordnete die ägyptische Regierung am 3. Dezember die Abteilungen an, welche für Öl- und Gasimporte zuständig sind, die Gespräche über die Einfuhr von israelischem Gas zu stoppen, nachdem ein internationales Schiedsgericht Ägypten aufgefordert hatte, eine Strafe in Höhe von 1,23 Milliarden Dollar an Israel zu zahlen. Die Strafe ist das Urteil eines Schiedsgerichtsverfahrens zwischen der East Mediterranean Gas Co., der Israel Electric Corp und Unternehmen, welche mit Hilfe der wiederholt sabotierten Sinai-Pipeline ägyptisches Gas lieferten. Laut Energieminister Giorgos Lakkotrypīs werde das Einfrieren der Gespräche mit Israel durch die ägyptische Regierung keine Auswirkungen auf Zypern haben.

In einer Rede auf dem vierten Energie-Symposium in Nikosia betonte Präsident Anastasiades, dass 2016 ein wichtiges Jahr für die Entscheidungen im Energiebereich sei. Dies betrifft vor allem die Gasverwertung der Reserven in Block 12 sowie die endgültige Entscheidung über die

Zusammenarbeit im Energiebereich mit Ägypten und Israel.

Die Natural Gas Public Company (DEFA) verlängerte zum neunten Mal die Ausschreibungsfrist für die Einfuhr von Gas für die Stromproduktion. Die letzte Frist endete am 18. Dezember und wurde bis zum 12. Februar 2016 verlängert. Die DEFA benötigt Gas im Umfang von jährlich 0,7 bis 0,95 Milliarden Kubikmetern, das mit Hilfe von zwei Versorgungsrouten geliefert werden soll. Die erste Route soll Gas ab Anfang 2016 und die zweite ab der zweiten Jahreshälfte 2017 liefern.

Laut einer Bekanntmachung des zypriotischen Energieministers Giorgos Lakkotrypīs und seines jordanischen Amtskollegen Ibrahim Saif vom 22. Dezember soll ein technisches Komitee die Details für eine mögliche Zusammenarbeit im Gasbereich untersuchen. Eine Zusammenarbeit könne den Transfer zypriotischen Gases durch eine Pipeline oder als LNG nach Jordanien über Ägypten ermöglichen.

Am 28. Dezember verlängerte das Kabinett die Explorationslizenz von ENI-KOGAS um zwei Jahre bis Februar 2018. Die Lizenz umfasst Aktivitäten in den Blöcken 2, 3 und 9. Lakkotrypīs bestätigte, dass ENI-KOGAS Mitte 2017 zusätzliche Bohrungen durchführen werde. Demnach sei ein großes Team von ENI derzeit mit der Ausarbeitung eines geologischen Modells für die Blöcke 2, 3 und 9 beschäftigt. Der Energieminister bezog sich auf eine neue, von ENI eingesetzte Methode, welche statt Sand- Karbonreservoirs aufspüren soll. Diese Methode wurde im Sommer von ENI angewandt, als das Zohr

Gasfeld in ägyptischen Gewässern gefunden wurde. Das Zohr-Gasfeld umfasst die bisher größten Funde im Mittelmeer.

### 3. Griechische Zyprioten

#### Wirtschaftliche Entwicklungen

Nach einer zweitägigen Debatte verabschiedete das Parlament mit den Stimmen der regierenden DISY, der DIKO und EVROKO am 17. Dezember den Haushaltsplan für das Jahr 2016, der letzte im Rahmen des wirtschaftlichen Anpassungsprogrammes. Die Oppositionsparteien AKEL, EDEK, die Grünen sowie die Bürgerallianz und der unabhängige Abgeordnete Zacharias Koulias stimmten dagegen. Das Budget sieht Einnahmen in Höhe von 5,941 Milliarden Euro (33% des BIP) und Ausgaben im Umfang von 6,636 Milliarden Euro vor. 576 Millionen Euro werden zur Schuldentilgung benötigt. Die Verwaltungskosten, die 2015 bei 1,019 Milliarden Euro lagen, werden auf 1,057 Milliarden Euro veranschlagt.

Am 4. Dezember stufte die Ratingagentur DBRS Zypern langfristig von B (niedrig) auf B. Grund hierfür ist die Einschätzung, dass der verbesserte Staatshaushalt und erste Zeichen einer wirtschaftlichen Stabilisierung die kurzfristigen negativen Konsequenzen der Finanzkrise ausgleichen. Trotzdem zeige die Einstufung auf B, dass sich Zypern weiter Herausforderungen stellen müsse und Unterstützung von außen benötige. Zypern sei immer noch in einer prekären Lage aufgrund der hohen Verschuldung und

der Abhängigkeit von externer Nachfrage zur Wachstumssteigerung. Moody's erhöhte am 8. Dezember Zyperns Kreditwürdigkeit um zwei Stufen auf B1 mit stabilem Ausblick und den Ausblick der Banken von negativ auf stabil.

Am 17. Dezember erließ das Finanzministerium eine Verordnung zur Rekapitalisierung der Co-operative Central Bank (CCB), um stufenweise eine Privatisierung einzuleiten, damit die CCB 2017 an die Börse gehen kann. Dies ist eine Maßnahme der Regierung, nachdem das Parlament einer Finanzspritze in Höhe von 175 Millionen Euro zu Beginn des Monats zugestimmt hatte. Die Regierung will den Betrag mit Hilfe einer vierteljährlichen Abgabe auf Bankeinlagen in zypriotischen Banken wiedererlangen. Die Einnahmen sollen an den Bankenrekapitalisierungsfond gehen. Im Rahmen der Verordnung muss die CCB alle notwendigen Maßnahmen durchführen und die notwendigen Lizenzen erwerben, um im Juni 2017 an die Börse zu gehen.

Am 20. Dezember gab die Bank of Cyprus bekannt, dass eine Umschuldungsvereinbarung mit der Tsokkos Hotels Public LTD geschlossen wurde. Tsokkos ist auf der Liste der 30 am höchsten verschuldeten Kreditnehmer mit einem Kreditumfang von mehr als fünf Milliarden Euro. Die ausstehenden Kreditrückzahlungen liegen bei 172 Millionen Euro.

Am 28. Dezember übergab die Regierung der Troika<sup>1</sup> einen vorläufigen Entwurf über die

---

<sup>1</sup> Die Troika besteht aus dem Internationalen Währungsfond (IWF), der Europäischen Kommission und der Europäischen Zentralbank (EZB).

rechtliche Entflechtung des zypriotischen Stromproduzenten EAC. Eine endgültige Entscheidung über die Aufspaltung des Staatsunternehmens ist Voraussetzung für die Auszahlung der nächsten Tranche des zypriotischen Hilfsprogramms. Der Vorschlag der Regierung sieht eine Aufteilung der EAC in zwei unabhängige Organisationen vor, wovon eine Einheit das Netzmonopol innehaben und die andere Einheit in Wettbewerb mit anderen Unternehmen bei der Energieproduktion treten soll.

Am 29. Dezember gab die Zentralbank auf ihrer Internetseite bekannt, dass die zypriotischen Banken im dritten Quartal ihre Umstrukturierungsziele nicht erreicht hätten. Insbesondere hätten die zypriotischen Banken statt der geplanten 9,4% für weniger als 6,3% der Kredite mit 90 Tagen Rückstand Lösungen zur Umschuldung vorgeschlagen. Bei der Umstrukturierung der notleidenden Kredite waren die Banken mit 6,5% vergleichsweise erfolgreicher, wobei das ursprüngliche Ziel bei 7,5% lag. Am 30. September lag der Gesamtumfang der notleidenden Kredite in Zypern bei 27,3 Milliarden Euro, während die Kredite mit einem Zahlungsrückstand von mehr als 90 Tagen bei 22,1 Milliarden Euro bei einem Gesamtvolumen von 57,2 Milliarden Euro lagen. Die Troika gibt der Bearbeitung der notleidenden Kredite höchste Priorität für ein nachhaltiges Wachstum der zypriotischen Wirtschaft.

### **Innenpolitische Entwicklungen**

Nach einem Treffen zwischen dem Vorsitzenden der EDEK, Marinos Sizopoulos, und der Vorsitzenden der neu gegründeten Solidaritätsbewe-

gung, Eleni Theocharous, am 11. Dezember betonten beide Politiker ihr Ziel, eine ungünstige Lösung der Zypernfrage verhindern zu wollen. Theocharous trat in Dialog mit anderen Oppositionsparteien wie DIKO und EDEK, nachdem sie aus der Regierungspartei DISY ausgetreten war.

### **Arbeitsverhältnisse und Gewerkschaften**

Das Scheitern der Verhandlungen zwischen der Gewerkschaft des Bankensektors ETYK und der Geschäftsführung der Co-operative Central Bank (CCB) führte Anfang Dezember zu einem 24-Stunden dauernden Streik und einem 48-Stunden dauernden Streik Mitte Dezember. ETYK vertritt nur die Angestellten der CCB, da die Angestellten der Filialen der CCB durch PEO und SEK repräsentiert werden und einen eigenen Tarifvertrag haben. ETYK und die Geschäftsführung der CCB konnten sich nicht auf eine Verlängerung des bestehenden Tarifvertrages einigen, da es einen laufenden Rechtsstreit über das Einfrieren von Gehaltserhöhungen und der Anpassung der Gehälter an die Inflationsrate für den Zeitraum von 2014 bis 2015 gibt. Obwohl die ETYK keine sofortige Erfüllung ihrer Forderungen will, so besteht die Gewerkschaft darauf, dass die Geschäftsführung der CCB eine Klausel akzeptiert, wonach ein zukünftiges Gerichtsurteil berücksichtigt werden müsse. Dies lehnt das Management ab. PEO und SEK beschuldigten ETYK, dass die Gewerkschaft nur ihre Macht demonstrieren wolle. Die Handelskammer KEBE sowie die Regierung und DISY kritisierten die Gewerkschaft heftig. Derzeit findet ein Schlichtungs-



verfahren unter Leitung des Arbeitsministeriums statt.

Das Arbeitsministerium teilte mit, dass die Programme gegen Jugendarbeitslosigkeit auf der Kostenreduzierung bei der Einstellung junger Menschen beruhten, um „flexiblere Arbeitsbedingungen“ zu schaffen. Des Weiteren biete die Regierung eine auf die einzelnen Bedürfnisse ausgerichtete Beratung an und ermutige junge Menschen, im Ausland zu arbeiten und Erfahrungen zu sammeln, die ihnen nach der Rückkehr helfen sollen, auf dem zyprischen Arbeitsmarkt eine Stelle zu finden.

In einer Entscheidung des Verfassungsgerichts über die Ladenöffnungszeiten, wurde das kürzlich verabschiedete Gesetz als nicht verfassungskonform eingestuft, weil es eine Einmischung der Legislative in die Arbeit der Exekutive darstelle. Aufgrund der Entscheidung legte die Regierung den Gesetzesvorschlag über uneingeschränkte Ladenöffnungszeiten erneut dem Parlament vor, welches das Gesetz wiederum ablehnte. Die Mehrheit der Abgeordneten beschuldigte die Regierung der Unnachgiebigkeit. Sie habe nur die Interessen der großen Ladenketten im Auge, auf Kosten kleinerer Geschäfte und der Arbeitnehmer. Ein Kompromiss könne und müsse gefunden werden. So könnten zwei unterschiedliche, den Jahreszeiten angepasste Öffnungszeiten vereinbart werden. Die Auseinandersetzung erreichte ihren Höhepunkt, als die großen Ladenketten der neuen Regelung nicht folgten und uneingeschränkte Öffnungszeiten anboten, nachdem die alte Regelung am 3. Januar 2016 abgelaufen war. Die Regierung will den Fall noch einmal vor

das Verfassungsgericht bringen und hofft, dass die Mehrheit der Abgeordneten nach einem entsprechenden Urteil für uneingeschränkte Öffnungszeiten stimmen müsse.

SEK verkündete, dass es an der Zeit sei, die durch die Krise verursachten Kürzungen wieder rückgängig zu machen. Laut SEK hätten die Arbeitnehmer des Baugewerbes dies verstanden und stimmten der gesetzlichen Regelung einiger Punkte des Tarifvertrags zu. Dies sei ein gutes Beispiel für das Hotelgewerbe, das als einziger Wirtschaftszweig von der Krise profitierte.

Die Gewerkschaftsvertreter der PEO und SEK für das Hotelgewerbe beschwerten sich bei dem Arbeitsminister über die verzögerte Auszahlung des Arbeitslosengeldes an ihre Mitglieder und über die Unnachgiebigkeit der Hotelbesitzer in den Verhandlungen zur Erneuerung des Tarifvertrages. Die Gewerkschaften fordern eine zweiprozentige Gehaltserhöhung.

Laut eines Berichts des Ombudsmanns akzeptieren die Angestellten des öffentlichen und privaten Sektors Diskriminierungen unterschiedlichster Art aufgrund der gestiegenen Unsicherheit nach der Wirtschaftskrise. Die Arbeitnehmer akzeptieren extreme Ausbeutung und haben Angst, auf ihre Rechte hinzuweisen, weshalb die Zahl der eingereichten Beschwerden in den letzten Jahren stark gesunken ist. Dieses Phänomen sei auch in anderen Ländern aufgetreten, die von der Krise betroffenen sind.

Laut Angaben des zyprischen Amts für Statistik ist die Zahl der Angestellten im öffentlichen Dienst im Vergleich zu 2012 um 7.000 zurück-

gegangen. Insgesamt arbeiten derzeit 63.041 Menschen im Staatsdienst.

Am 17. Dezember fuhren die Bauernverbände EKA (mit der AKEL verbunden), PEK (mit der DIKO verbunden) sowie New Agrarian (mit der EDEK verbunden) mit ihren Traktoren vor den Präsidentenpalast, das Finanzministerium und das Parlamentsgebäude, um die sofortige Auszahlung der staatlichen Subventionen zu fordern. Die anderen mit den Regierungsparteien DISY und der EVROKO verbundenen Bauernverbände nahmen nicht an der Protestkundgebung teil und gaben sich mit der Zusicherung der Regierung zufrieden, dass die Subventionen im Januar ausgezahlt werden.

Am 18. Dezember legten die auf Stundenbasis bezahlten Angestellten des öffentlichen Dienstes aus Protest gegen die niedrige Bezahlung während der Feiertage, an denen Anwesenheitspflicht besteht, ihre Arbeit für eine halbe Stunde nieder.

Die Gewerkschaft der Gymnasiallehrer, OELMEK, beschloss auf ihrem Kongress, dass sie für die Rückgabe aller Rechte kämpfen werde, die sie während der Krise und aufgrund des mit der Troika vereinbarten Memorandums verloren hatte. Dies beinhaltet sowohl rechtliche Schritte als auch Streiks. Des Weiteren lehnt OELMEK Pläne für eine Reform des öffentlichen Dienstes ab, wonach künftige Gehaltserhöhungen an das BIP angepasst und somit Tarifverhandlungen überflüssig werden sollen.

Der Ministerrat genehmigte die Privatisierungspläne der Cyprus Telecommunications Authority CyTA und setzte sich somit über die Einwände

der Gewerkschaften hinweg. Die Gewerkschaften organisierten daraufhin einen Streik vor dem Präsidentenpalast. Abgesehen von der DISY hielten die Gewerkschaften Treffen mit allen politischen Parteien ab, bevor das Gesetz dem Parlament zur Abstimmung vorgelegt wird. DIKOs Haltung in dieser Frage ist derzeit ambivalent, könnte aber die Abstimmung entscheiden. Die Gewerkschaften der Angestellten der CyTA planen während der Debatte Proteste vor dem Parlamentsgebäude und lassen der Gewerkschaftsleitung freie Hand bei der Entscheidung ob und wann Streiks abgehalten werden sollten.

### **Außenpolitik**

Am 9. Dezember trafen sich in Athen der zypriotische Präsident Nicos Anastasiades, der griechische Premierminister Alexis Tsipras und der ägyptische Präsident Abdel Fatah Al-Sisi. Die drei Staatsmänner unterzeichneten die Athener Erklärung und vereinbarten die Schaffung des Gemeinsamen Ausschusses für Zusammenarbeit, der gemeinsame Projekte entwickeln und fördern soll. Die Erklärung betonte, dass die Erdgasproduktion ein Katalysator für eine weitere, regionale Zusammenarbeit sei und zu der Schaffung von Wohlstand und Stabilität in der Region beitragen könne. Als indirekten Bezug auf die Türkei hebt die Erklärung hervor, dass sie sich nicht gegen andere Staaten richte und die Erdgasvorkommen zur Förderung des Friedens nutzen wolle. Dies könne durch die Einhaltung bewährter Prinzipien des internationalen Rechts durch alle Anrainerstaaten gewährleistet werden. Dazu gehört das Seerechtsüberein-

kommen der Vereinten Nationen, das die Türkei noch nicht unterzeichnet hat. Die drei Staatsmänner besprachen auch die Flüchtlingskrise, den Kampf gegen den Terrorismus, den sogenannten Islamischen Staat sowie andere regionale Themen.

## 4. Türkische Zyprioten

### Wirtschaftliche Entwicklungen

Laut Finanzminister Birikim Ozgur (CTP-BG) soll das neue Wirtschaftsprotokoll mit der Türkei für den Zeitraum von 2016 bis 2018 das Haushaltsdefizit reduzieren. Das Protokoll muss noch von Ankara unterschrieben werden. Demnach sollen 24,4% der Einnahmen für das Jahr 2016 aus einem von der Türkei zur Verfügung gestellten Darlehen und aus Hilfszahlungen stammen.

Das Parlament nahm den Haushaltsplan für 2016 in Höhe von 4,16 Milliarden TL (1,28 Milliarden Euro) an.

Nach Angaben des Jahresberichts des Ministeriums für Arbeit und Inneres wurden in dem Zeitraum vom 1. Januar bis zum 30. September 2015 47.798 Arbeitsgenehmigungen ausgestellt. Im gleichen Zeitraum wurden 2.197 neue Firmen registriert, während es 608 Geschäftsaufgaben gab. In dem Bericht wurde auch verzeichnet, dass 19.547 Ausländer einen Antrag zum Kauf von Immobilien stellten und 16.927 Immobilienkäufe stattfanden.

Die Europäische Kommission genehmigte ein weiteres finanzielles Hilfsprogramm in Höhe

von 32 Millionen Euro aus dem EU-Budget für die türkischen Zyprioten. Dies ist die Fortführung eines erfolgreichen Hilfsprogramms zur Wirtschaftsförderung, Verbesserung der Kontakte zwischen den beiden Bevölkerungsgruppen und einer Annäherung der türkischen Zyprioten an die EU. Das Programm für 2016 konzentriert sich auf die folgenden Punkte:

- Umweltschutz, besonders die Schließung von umweltschädlichen Deponien.
- Stärkung der Milchwirtschaft zur Vorbereitung für den EU-Beitritt.
- Vorbereitung der türkisch-zypriotischen Bevölkerungsgruppe auf die Anwendung von EU-Gesetzen nach einer Lösung.
- Erleichterungen im Kreditzugang für Unternehmen.
- Unterstützung zivilgesellschaftlicher Organisationen zur Förderung von Bürgerengagement und der Zusammenarbeit beider Bevölkerungsgruppen.

Seit 2006 hat die EU insgesamt 400 Millionen Euro im Rahmen des Hilfsprogramms für die türkisch-zypriotische Bevölkerungsgruppe zur Verfügung gestellt, um kleine Unternehmen zu fördern, die Infrastruktur zu verbessern, Mobilität von Studenten zu stärken und die türkischen Zyprioten auf die Einführung von EU-Gesetzen im Hinblick auf eine Wiedervereinigung Zyperns vorzubereiten.

Laut einer schriftlichen Bekanntmachung des Ministeriums für Landwirtschaft, Ressourcen und Nahrung, wird ab dem 1. Januar 2016 im Norden der Insel Eurodiesel statt herkömmlichem Diesel benutzt, im Einklang mit EU-Richtlinien.

### **Innenpolitische Entwicklungen**

Im Dezember eskalierte der Streit über die Struktur des neuen Unternehmens, welches für die Verteilung und das Management des von der Türkei gelieferten Wassers sowie der bestehenden Wasserressourcen verantwortlich sein soll. Ankara und die an der Regierungskoalition beteiligte UBP bevorzugten einen privaten Betreiber aus der Türkei. Die Mehrheit der Parteimitglieder des größeren Koalitionspartners CTP-BG lehnte aber auf einer Parteiversammlung eine Vereinbarung ab, die auf Regierungsebene ausgehandelt worden war und eine Privatisierung vorsieht. Die Mitglieder der Parteiversammlung der CTP-BG scheinen entschlossen, das Wassermanagement keinem privaten Monopol zu überlassen. Diese Krise führte zu einer Verzögerung bei der Unterzeichnung des Wirtschaftsprotokolls, in welchem die Bedingungen festgelegt werden, zu denen die türkischen Zyprioten die Finanzhilfe aus der Türkei erhalten. Daraus folgte, dass die Türkei die Gelder nicht freigab, die zur Auszahlung des 13. Gehalts der öffentlichen Angestellten und der Rentner vorgesehen waren.

Der Vorsitzende der United Cyprus Party (BKP) İzzet İzcan forderte die Regierung auf, die Behauptung zu prüfen, dass Davutoğlu während seines letzten Besuchs die türkisch-zypriotische Regierung gebeten habe, 26.000 Türken die Staatsbürgerschaft der „TRNZ“ zu geben. Dies würde bedeuten, dass Ankara die Verhandlungen sabotieren wolle. Im November verabschiedete das türkisch-zypriotische Parlament ein Gesetz, das das Erlangen der türkisch-zypriotischen Staatsbürgerschaft erschwert.

Auf der Parteiversammlung des kleineren Koalitionspartners National Unity Party (UBP) wurde Dursun Oğuz, ein Abgeordneter aus Famagusta, zum neuen Generalsekretär der Partei gewählt.

Die Sozialdemokratische Partei (TDP) hielt am 20. Dezember ihren 5. Ordentlichen Parteikongress ab. Der amtierende Vorsitzende Ozyigit wurde mit 487 von 762 abgegebenen Stimmen wiedergewählt und gewann somit gegen seinen Herausforderer Mustafa Emiroglulari, der 272 Stimmen erhielt. In einer Rede vor dem Kongress betonte Ozyigit, dass es wichtig sei, auf eine Lösung der Zypernfrage hinzuwirken. Er fügte hinzu, dass seine Partei weiterhin alle Schritte hin zu einer bikommunalen und bizonalen Lösung auf der Basis politischer Gleichheit, einer einzigen nationalen Souveränität, Staatsangehörigkeit und internationalen Identität unterstützen werde. Auf der ersten Parteiversammlung nach dem Kongress wurde Asim İdris zum Generalsekretär der Partei gewählt.

Derzeit wurde die TDP ein konsultatives Mitglied der Sozialistische Internationale (SI). Dies folgte einem einstimmigen Beschluss durch den Rat der SI während eines Treffens in Luanda, Angola, vom 27. bis 28. November.

Der ehemalige Verhandlungsführer und Präsidentschaftskandidat Kudret Özersay gab bekannt, dass die Vorbereitungen zur Gründung einer neuen Partei abgeschlossen seien. Eine offizielle Bekanntmachung werde in der ersten Januarwoche erfolgen. Özersay, der als unabhängiger Kandidat in der ersten Wahlrunde im April letzten Jahres 21% der Stimmen erhielt,

gab bereits im September bekannt, dass er eine neue Partei gründen wolle.

Der UBP-Abgeordnete für Nikosia, Ersin Tatar, äußerte die Sorge von Bürgen über die Ankündigungen von Präsident Anastasiades, wonach Morfou und andere Orte in der TRNZ an die griechischen Zyprioten zurückgegeben werden. Dies könne die Wirtschaft schädigen. Tatar forderte Akinci auf, diese Aussagen nicht stillschweigend hinzunehmen und die Rechte der türkischen Zyprioten zu verteidigen. Tatar fügte hinzu, dass der Standpunkt der griechischen Zyprioten im Hinblick auf territoriale Fragen, Eigentum, Sicherheit und Garantien, die vier Freiheiten, Regierungsführung, Machtteilung und EU inakzeptabel sei.

Der Generalsekretär der Democratic Party (DP), Hasan Tacoy, gab an, dass die Berichte in der griechisch-zypriotischen Presse nach einem Treffen des griechisch-zypriotischen Nationalen Rates korrekt seien und die türkischen Zyprioten ein Risiko mit ernsthaften Konsequenzen eingingen. Er wies auf eine Aussage von Präsident Anastasiades hin, wonach eine Einigung mit den türkischen Zyprioten entsprechend der EU-Richtlinien getroffen werde. Dauerhafte Abweichungen würden so nicht gemacht und die vier Grundfreiheiten müssten gelten. Tacoy fragte, ob dies bedeuten würde, dass die türkischen Zyprioten ihr Recht aufgeben müssten, eine Mehrheit bei der Bevölkerung und Eigentumsverteilung zu stellen, und ob sie nicht mehr ihre eigenen Institutionen haben und Wahlen abhalten dürften.

### **Arbeitsverhältnisse und Gewerkschaften**

Am 8. Dezember hielt die Gewerkschaftsplattform, die sich aus verschiedenen Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes zusammensetzt, vor dem Parlamentsgebäude einen Generalstreik ab. Die Plattform forderte von der Regierung eine Lösung für die Probleme der Arbeitnehmer und die schlechten wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen im Norden der Insel.

### **Außenpolitik**

Akinci empfing den Außenminister von Luxemburg, Jean Asselborn, dessen Land in der zweiten Jahreshälfte 2015 den EU-Ratsvorsitz innehatte.

## 5. FES Zypern Veranstaltungen



Januar 2016

--- keine Veranstaltungen ---



Februar 2016

--- keine Veranstaltungen ---



### Impressum:

#### Friedrich-Ebert-Stiftung (FES)

Büro Zypern  
Stasandrou Str. 20, Apt. 401  
CY 1060 Nicosia

Tel. +357 22 377 336  
Email: [office@fescyprus.org](mailto:office@fescyprus.org)  
Web-Seite: [www.fescyprus.org](http://www.fescyprus.org)  
Facebook: [www.facebook.com/FEScyprus](http://www.facebook.com/FEScyprus)

#### Text:

Hubert Faustmann, Yiannis Charalambous,  
Sertac Soner, Grigoris Ioannou, Ute Ackermann-  
Boeros und Sophia Papastavrou

#### Übersetzung:

Ute Ackermann-Boeros und Hubert Faustmann

#### Layout:

Christiane Paparoditi

Wenn Sie diesen (kostenlosen) Newsletter  
abonnieren oder abbestellen möchten, senden Sie  
bitte eine E-mail an:

Christiane Paparoditi [fespaparoditi@gmail.com](mailto:fespaparoditi@gmail.com)